

GEMEINDERAT



Geschäft 4460B

**Beantwortung des Postulats
von Herrn Ueli Keller, Grüne, betreffend
«Aneluege und luege, dass gluegt wird... vom
Schweizerischen Bundesrat» (Flugverkehr III)**

Bericht an den Einwohnerrat
vom 2. Dezember 2020

Inhalt	Seite
1. Ausgangslage	3
2. Erwägungen	4
3. Antrag	5

Beilage/n

- Keine

1. Ausgangslage

Am 24. April 2019 reichte Herr Ueli Keller, Grüne, ein dringliches Postulat mit folgendem Wortlaut ein:

Antrag

"Gemäss § 44 Absatz 2b des Geschäftsreglements des Einwohnerrats laden wir den Gemeinderat ein, sich an den Schweizerischen Bundesrat zu wenden, damit er sich als übergeordnet für den Flugverkehr über der Schweiz verantwortliche Behörde gemäss seinen Pflichten und Rechten dafür einsetzt, ...

- *damit es für den Schweizer Teil von EuroAirport EAP einen Ausbaustopp gibt.*
- *damit zum vom EAP geplanten Ausbau seines Flugverkehrs eine Umweltverträglichkeitsprüfung gemäss Espoo-Abkommen gemacht wird.*
- *damit für den verbleibenden Flugverkehr andere Flugrouten installiert werden, mit denen der Lärm fair verteilt wird, und die den Sicherheitsbedenken Rechnung tragen.*
- *damit der von Frankreich nachträglich erstellte Lärmvorsorgeplan 2018-22 so überarbeitet wird, dass er auf die Fluglärmbelastung auf Schweizer Territorium eingeht und die Lärmauswirkungen vermindert werden.*
- *damit die Nachtflugsperrre mindestens den Regeln anderer Schweizer Landesflughäfen entspricht.*

Der Gemeinderat wird gebeten, dem Einwohnerrat bis Oktober 2019 über das Ergebnis seiner Bemühungen in dieser Sache schriftlich zu berichten.

Begründung

Der Schweizer Teil vom EAP zählt als Schweizerischer Landesflughafen und unterliegt somit der Oberaufsicht des Schweizerischen Bundesrates. Er bleibt dafür grundsätzlich kompetent und verantwortlich, auch wenn er den Kanton Basel-Stadt vor Ort als Betreiber eingesetzt und ermächtigt hat. Es ist das gute politische Recht und die dringliche Pflicht einer Schweizer Gemeinde, die durch übergeordnet geregelte Verhältnisse in ihrer Entwicklung gefährdet ist, sich dort, wo die massgebenden Weichen gestellt und verantwortet werden, bestmöglich für die Wahrung ihrer Interessen einzusetzen."

Der Einwohnerrat hat am 15. Mai 2019 die Dringlichkeit des Postulats betreffend «Aneluege und luege, dass gluegt wird... vom Schweizerischen Bundesrat» (Flugverkehr III) von Herrn Ueli Keller, Grüne, bestätigt und zur Beantwortung an den Gemeinderat überwiesen.

2. Erwägungen

In den vergangenen Jahren hat der Flugverkehr am EuroAirport Basel-Mulhouse stetig zugenommen. Die gesteigerte Anzahl Flugbewegungen hat für Allschwil und weitere Gemeinden im Süden schwerwiegende Auswirkungen auf die Fluglärmbelastung. Diese äussern sich insbesondere in einer einzigartigen Zunahme des Nacht-Fluglärms, welcher sich durch die Anzahl der nächtlichen Flugbewegungen und die gemessenen Dauerschallpegel in den Nachtstunden - insbesondere zwischen 23 und 24 Uhr - belegen lassen. Die Einführung des Instrumente-Landesystems ILS 33 (vormals ILS 34) im Jahr 2007 wie auch des RNAV im Jahr 2014 haben zu einer weiteren Verschärfung der Fluglärmbelastung im Süden des EuroAirports geführt. Vor diesem Hintergrund betrachtet der Gemeinderat die Entwicklung und die Ausbaupläne des EuroAirports – insbesondere auch den Bahnanschluss - kritisch. Er hat dies im Rahmen von Vernehmlassungen/Mitwirkungen, von Treffen mit der Flughafendirektion und in Medienmitteilungen wiederholt zum Ausdruck gebracht.

Der Gemeinderat hat dem überwiesenen Postulat Folge geleistet und in einem Schreiben vom 30. August 2019 an die zuständige Bundesrätin Simonetta Sommaruga seine kritische Haltung zu den Ausbauplänen des EuroAirports dargelegt. Gleichzeitig hat der Gemeinderat Bundesrätin Simonetta Sommaruga um ein Treffen gebeten, um folgende Punkte zu diskutieren:

- Limitierung des Flugbetriebs
- Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung
- Überarbeitung der Flugrouten und Abflugverfahren
- Überarbeitung des Lärmvorsorgeplans PPBE
- Nachtflugsperr
- Bahnanschluss EuroAirport

Mit dem Bericht vom 18. September 2019 (Geschäft4460A) informierte der Gemeinderat den Einwohnerrat über das oben erwähnte Schreiben und beantragte die Abschreibung des Postulats. Der Einwohnerrat hat sich an seiner Sitzung vom 16. Oktober 2019 mit 20 zu 11 Stimmen bei einer Enthaltung gegen die Abschreibung entschieden.

Mit Schreiben vom 26. September 2019 hat Bundesrätin Simonetta Sommaruga geantwortet. Den Vorschlag zu einem Treffen lehnte Bundesrätin Simonetta Sommaruga mit Hinweis auf die noch laufende Bearbeitung der Themen höflich ab. Mit Schreiben vom 6. März 2020 gelangte der Gemeinderat erneut mit der Bitte an die Bundesrätin, eine Delegation der Gemeinde Allschwil zu einem Gespräch zu empfangen. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt; unter anderem mit dem Verweis auf die besondere Lage mit der Corona-Pandemie.

Aus Anlass der vom Schweizerischen Parlament beschlossenen Flugticketabgabe und der befürchteten Zunahme des Flugbetriebs am EuroAirport schrieb die Gemeinde Bundesrätin Simonetta Sommaruga am 8. Juli 2020 ein weiteres Mal an. Auch dieser Versuch wurde mit Antwortschreiben vom 21. September 2020 abschlägig beantwortet. Für den Gemeinderat sind damit die Handlungsmöglichkeiten ausgeschöpft. Wenn Bundesrätin Sommaruga den Anträgen der Gemeinde nicht nachkommen will oder wegen anderer Prioritäten nicht nachkommen kann, so hat der Gemeinderat dies zu akzeptieren. Aufgrund der anhaltenden Pandemie, die den Bundesrat weiterhin fordert, aber auch aufgrund der derzeitigen geringen

Fluglärmbelastung erachtet es der Gemeinderat für nicht zweckdienlich, weiterhin auf ein Treffen zu pochen. Das soll jedoch nicht bedeuten, dass er ein Treffen mit der Bundesrätin ausschliesst. Der Gemeinderat hält es nach wie vor für zweckdienlich, sich an die Bundesrätin zu wenden und wird dies zu gegebener Zeit erneut tun.

Der Gemeinderat bedauert, dass das Treffen nicht zustande gekommen ist. Aus der Korrespondenz entnimmt der Gemeinderat jedoch, dass die Bundesrätin die Anliegen der Gemeinde Allschwil kennt und anerkennt, dass nebst der wirtschaftlichen Bedeutung des EuroAirport Flughafens für die Region dem Schutz der Bevölkerung Rechnung zu tragen ist. Ebenso positiv zu bewerten ist die Aussage, dass die Bundesrätin von den seitens der Gemeinde aufgelisteten Themen und Aspekte Kenntnis hat, und sie zwischen Frankreich und der Schweiz diskutiert werden. Ausserdem nimmt der Gemeinderat zur Kenntnis, dass das Bundesamt für Zivilluftfahrt BAZL den Auftrag hat, insbesondere Fragen im Zusammenhang mit ILS 33, Nachtflugbeschränkungen und die Lärmexposition der Bevölkerung prioritär zu bearbeiten.

Auch wenn das Treffen mit Bundesrätin Simonetta Sommaruga nicht zustande gekommen ist, so hat er den Auftrag gemäss Wortlaut des Postulats erfüllt. Mit dem vorliegenden ergänzten Bericht 4460B soll das Postulat nun als erledigt abgeschrieben werden.

3. Antrag

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat

zu beschliessen:

3.1 Das Postulat, Geschäft 4460, wird als erledigt abgeschrieben.

GEMEINDERAT ALLSCHWIL

Präsidentin:

Leiter Gemeindeverwaltung:

Nicole Nüssli-Kaiser

Patrick Dill